

Gifhorner Wohnungsbau-Genossenschaft eG • Postfach 1165 • 38501 Gifhorn



1949 – 2024

Pressespiegel vom 15. April 2024



Gifhorner Wohnungsbau-Genossenschaft eG
Alter Postweg 36 • 38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 98 98-0
gwg@gwg-gifhorn.de

Bankverbindung
Sparkasse Celle-Gifhorn-Wolfsburg
IBAN: DE23 2695 1311 0011 0107 25
BIC: NOLADE21GFW

Volksbank eG BraWo
IBAN: DE27 2699 1066 3003 5580 00
BIC: GENODEF1WOB

Postbank Hannover
IBAN: DE59 2501 0030 0047 7403 01
BIC: PBNKDEFFXXX

Vorstand: Andreas Otto, Regine Wolters • **Aufsichtsratsvorsitzender:** Uwe Meyer • **Sitz:** Gifhorn • **Registergericht:** Hildesheim GenR. 100016

„Die Stromversorgung ist sicher“

Wirtschaftsminister Robert Habeck über die Folgen des Atomausstiegs – und die Kanzlerkandidatur der Grünen

Jochen Gaugele

Berlin. Der Ausstieg Deutschlands aus der Atomkraft jährt sich an diesem Montag zum ersten Mal. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sagt im Interview mit dieser Redaktion, wie sich jetzt der Strompreis entwickelt – und ob er die Kernfusion für eine Technologie der Zukunft hält. Für die nächste Bundestagswahl macht der Vizekanzler eine klare Ansage an seine Partei.

Deutschland hat – mitten in der Energiekrise – seine letzten Kernkraftwerke abgeschaltet. Was sagen Sie den Menschen, die über diese Entscheidung immer noch den Kopf schütteln?

Robert Habeck: Dass alle an die Wand gemalten Schreckensszenarien nicht eingetreten ist. Wir sehen heute, dass die Stromversorgung weiter sicher ist, die Strompreise auch nach dem Atomausstieg gefallen sind und die CO₂-Emissionen ebenfalls runtergehen.

Soll heißen, die Warnungen vor Engpässen und steigenden Preisen sind aus der Luft gegriffen?

Natürlich war die Lage nach Ausbruch des russischen Angriffskrieges angespannt. Wir mussten sehr viele Maßnahmen in kürzester Zeit umsetzen, um die Energieversorgung zu stabilisieren und die enorm einseitigen Abhängigkeiten, die Deutschland hatte, zu reduzieren. Das ist gelungen: Wir sind sicher durch zwei Winter gekommen. Wir haben die Gasversorgung nach dem Wegfall von russischem Gas gesichert und eine neue, resiliente Gasversorgungsstruktur aufgebaut. Im Strombereich sehen wir auch, dass die Reformen greifen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien nimmt richtig Fahrt auf, wir vereinfachen und beschleunigen Genehmigungsverfahren, die Preise an den Strombörsen sind stark gefallen. Seit dem Atomausstieg vor einem Jahr um 40 Prozent. Gleichzeitig laufen Kohlekraftwerke so wenig wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Einspruch! Sie haben Kohlekraftwerke wieder in Betrieb genommen.

Sie können sich denken, dass ich nicht leichten Herzens Kohlekraftwerke länger in der Reserve gehalten habe – aber wir brauchten es als eine Absicherung. Fakt ist, dass wir 2023 so wenig Kohle verstromt haben wie seit den 1960er Jahren nicht mehr. Der Anteil erneuerbarer Energien hingegen lag bei über der Hälfte. Mit der Energiewende hat sich Deutschland ein großes Ziel gesetzt und wir sehen – wir sind auf Kurs.

Ist der Atomausstieg unumkehrbar?

Wir haben am 15. April 2023 das vollzogen, was die schwarz-gelbe Koalition 2011 beschlossen hat, und daher die letzten deutschen Kernkraftwerke endgültig abgeschaltet. Und inzwischen wird deutlich, dass gerade die Regionen in Deutschland mit viel erneuerbaren Energien echte Standortvorteile genießen. Wenn manche dennoch auf die Rückkehr zu Atomenergie setzen, sollte man registrieren, dass international Atomenergie nicht wettbewerbsfähig ist und Kosten aktueller Projekte explodieren. Die Endlagerfrage in Deutschland ist weiter ungelöst. Es wäre daher besser, nicht permanent zu hinterfragen, worauf sich das Land einmal geeinigt hat, sondern sich auf das Lösen aktueller Probleme zu fokussieren. Wir brauchen Verlässlichkeit – auch für Investitionssicherheit. Daher heißt es jetzt: Kurs halten.

Staaten wie Polen steigen in die Kernkraft ein. Verurteilen Sie das?

Jedes Land trifft seine eigenen Entscheidungen über seinen Energiemix, da mische ich mich nicht ein.

In welcher Größenordnung importieren wir Atomstrom aus dem Ausland?

Wir haben ausreichend eigene Kapazitäten, unseren Strombedarf im Inland zu decken. Gleichwohl nehmen wir am europäischen Strominnenmarkt teil. Und das ist gut. Wir sichern uns damit in Europa gegenseitig ab und verschaffen uns



Robert Habeck im Büro seines Berliner Ministeriums. Er sieht die Energiepolitik der Regierung auf Kurs.

RETO KLAR/FFS

Effizienz- und Kostenvorteile. Wir haben im letzten Jahr zwei Prozent unseres Bruttostromverbrauchs mit Importen gedeckt. Über die Hälfte der Importe war erneuerbarer Strom aus Dänemark und Norwegen, der besonders günstig war. Nur rund ein Viertel war Atomstrom aus Frankreich.

Welche Zukunft haben Technologien wie die Kernfusion?

Ich schaue da mit großem Interesse drauf. Noch ist die Fusionsenergie auf dem Stand der Grundlagenforschung. Sie hat aber Potenzial – deshalb wird sie auch gefördert. Realistischerweise wird sie aber erst in Jahrzehnten im Energiebereich richtig eingesetzt werden können. Erkenntnisse aus der Kernfusionsforschung können wir aber auch im Gesundheitswesen, der Robotik

oder der Raumfahrt nutzen. Also wirklich eine spannende Technologie.

Wer regiert das Land, wenn sich der Atomausstieg zum zweiten Mal jährt – immer noch die Ampel?

Ja.

Die Grünen liegen in Umfragen unter 15 Prozent. Stellen Sie für die nächste Bundestagswahl trotzdem wieder eine Kanzlerkandidatin oder einen Kanzlerkandidaten auf?

Wir werden alles zur rechten Zeit entscheiden, jetzt steht diese Debatte nicht an. Deutschland und Europa stehen vor der großen Herausforderung, sich in einer krisengebeutelten Welt selbst zu behaupten, ökonomisch und sicherheitspolitisch. Darauf geht unsere Konzentration in der Bundesregierung.

Beim letzten Mal trat Annalena Baerbock an – jetzt rechnen viele Grüne mit Ihrer Kandidatur, Herr Habeck. Täuschen sich die Parteifreunde?

Annalena Baerbock und ich tun in der Bundesregierung alles, um für die Sicherheit und Freiheit unserer Republik zu arbeiten. Davon leitet sich unser konkretes Handeln, die tägliche Arbeit ab. Was sicher nicht dazu gehört, ist, um uns selbst zu kreisen. Annalena Baerbock ist als Außenministerin im Dauereinsatz, reist von Krise zu Krise, betreibt Pendeldiplomatie im Nahen Osten und arbeitet für die Unterstützung der Ukraine. Sie arbeitet mit Weitsicht und stärkt Deutschlands Rolle in der Welt. Und auch meine gesamte Kraft richtet sich auf das, was ich als Vizekanzler und Wirtschafts- und Klimaschutzminister zu tun habe. Das ist mein Amtsverständnis.

Wolfsburger Nachrichten 15. April 2024

Habeck: Strompreise auch nach Atomausstieg gefallen

Jochen Gaugele

Berlin. Ein Jahr nach dem deutschen Atomausstieg hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck die Entscheidung zur Abschaltung der letzten Meiler verteidigt und auf fallende Strompreise verwiesen. Alle an die Wand gemalten Schreckensszenarien seien nicht eingetreten, sagte der Grünen-Politiker unserer Zeitung. „Wir sehen heute, dass die Stromversorgung weiter sicher ist, die Strompreise auch nach

dem Atomausstieg gefallen sind und die CO₂-Emissionen ebenfalls runtergehen.“

Natürlich sei die Lage nach Ausbruch des russischen Angriffskriegs angespannt gewesen, sagte Habeck. „Wir mussten sehr viele Maßnahmen in kürzester Zeit umsetzen, um die Energieversorgung zu stabilisieren und die enormen einseitigen Abhängigkeiten, die Deutschland hatte, zu reduzieren. Das ist gelungen: Wir sind sicher durch zwei Winter gekommen.“ Im Strombereich sehe man, dass die Reformen griffen. Deutschland habe ausreichend eigene Kapazitäten, den Strombedarf im Inland zu decken, sagte Habeck. **Debatte, Politik**



Wolfsburger Nachrichten 15. April 2024

Aus alten Häusern werden neue

Die Stadt Heidelberg setzt auf Wiederverwertung von knappen Baustoffen

VON STEFANIE JÄRKEL

Heidelberg – Wo sich heute schmucklose weiße 50er-Jahre-Wohnblöcke aneinanderreihen, soll in den kommenden Jahren ein neues Stadtviertel für rund 10 000 Heidelberger entstehen: Knapp die Hälfte der 169 Wohngebäude auf dem ehemaligen US-Militärgelände Patrick-Henry-Village (PHV) soll abgerissen werden – die Baumaterialien sollen fast komplett wiederverwertet. „Wenn wir so auf 90 Prozent kommen, dann wären wir zufrieden“, sagt der Erste Bürgermeister Jürgen Odszuck zwischen Bauzäunen. Mithilfe eines Programms hat die Stadt insgesamt rund 466 000 Tonnen Baumaterialien in einem Kataster erfasst. Heidelberg will stadtwert Baustoffe wiederverwerten – und damit Vorreiter beim sogenannten Urban Mining sein.



Der Bauschutt im Heidelberger Patrick-Henry-Village soll für künftige Bauprojekte wiederverwendet werden.

FOTO: DPA

Auch andere Städte sind interessiert

Ökonomin Sarah Lichtenthäler vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln kennt kein vergleichbares Projekt in dem Umfang inklusive Kataster. Felix Müller, Experte für Urban Mining beim Umweltbundesamt, sagt über das Projekt: „Es ist schon bemerkenswert, wie systematisch dort an Lösungen für ein Urban Mining im Bauwesen gearbeitet wird“ – und wie viele Ressourcen etwa in das detaillierte Kataster investiert würden. Er bezeichnet die Stadt als „Pionier“, betont allerdings, dass sich auch andere Kommunen mit dem Thema befassen, etwa Hamburg, Berlin und Dresden. So schreibt Berlin bei öffentlichen Bauvorhaben den umweltgerechten Rückbau mit Trennung der Materialien ebenso vor wie den Einsatz von recycelten Stoffen.

Beim Urban Mining (Urbaner Bergbau) geht es darum, aus langlebigen Gütern wie Gebäuden, Fahrzeugen und Handys Rohstoffe zu gewinnen und zu verwenden. Dies ist auch ein Thema für die Bundesregierung, die eine nationale Urban-Mining-Strategie anstrebt.

Die Baubranche ist bei dem Thema zentral, weil die größten Mengen aus mineralischen Baustoffe entfallen, wie Lich-

tenhäler sagt. Dies sind etwa Naturstein, Kalk- und Gipsstein, Bausande, Kiese und Lehm.

Odszuck erzählt, die Idee in Heidelberg sei Ende 2021 gemeinsam mit der Bauberatungsfirma Drees & Sommer, deren Forschungsinstitut Epea und dem Baustoffkonzern Heidelberg Materials entstanden. „Es ist in erster Linie tatsächlich getrieben durch die Verantwortung, die wir fühlen gegenüber den Materialien und letztendlich den Bodenschätzen, die wir in unserem Land haben, die wir vielleicht auch global haben“, sagt Odszuck. „Das ist auch getrieben dadurch, dass wir irgendwo schon gar nicht mehr wissen, wo wir entsorgen sollen.“ Bei der Erweiterung der Kläranlage seien etwa im vergangenen Jahr Tausende Tonnen Baumaterial nach Nürnberg gefahren worden – „eine Schweinerei“, wie Odszuck sagt.

Zudem gebe es auch beim Kauf von Rohstoffen Probleme. „Wir haben festgestellt, bei Baumaßnahmen, gerade im Straßenbau, dass wir zum Teil so simples Zeug wie Kiesel oder gebrochenes Steinmaterial schwer auf dem Markt kriegen – und wenn, dann zu hohen Preisen“, sagt Odszuck, der selbst Architekt ist und früher Bauarbeiter war. Im Patrick-Henry-Village sollen letztlich vor allem Be-



„Wir haben festgestellt, dass wir zum Teil so simples Zeug wie Kiesel oder gebrochenes Steinmaterial schwer auf dem Markt kriegen – und wenn, dann zu hohen Preisen.“

Jürgen Odszuck
Bürgermeister von Heidelberg

ton, Mörtel und Verputz, aber auch Ziegel wieder verbaut werden.

Laut dem Zentralverband des Deutschen Baugewerbes können die zurückgebauten mineralischen Baustoffe hauptsächlich als Gesteinskörnung wiederverwendet werden, zum Beispiel im Straßenbau oder in der Betonherstellung. Doch der Bedarf übersteigt bei weitem das Angebot: Der Verband verweist auf Zahlen der Kreislaufwirtschaft Bau, wonach derzeit jährlich so etwa 77 Millionen Tonnen Gesteinskörnungen gewonnen werden – gerade einmal 13 Pro-

zent des Gesamtbedarfes.

Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa lobt allerdings den Heidelberger Ansatz: „Das Projekt kann eine gute Blaupause für die Darstellung von Potenzialen in der urbanen Mine werden. Wir brauchen auch hier digitale Lösungen, die den Ist-Zustand sichtbar machen.“ Diese könnten wiederum bei der optimalen Verwendung aller möglichen Stoffe helfen.

Heidelberg hatte nach eigenen Angaben bereits Steckbriefe der einzelnen Gebäude im PHV mit Daten zu Baujahr, Größe, Art, Nutzung und Standort vorliegen. Diese Daten wurden über ein Computerprogramm – den Urban Mining Screener – mit Informationen zu generell verwendeten Baumaterialien von Wohngebäuden in den 50er Jahren in der Region verbunden. Die mutmaßlichen Baumengen und -stoffe wurden in einem Kataster erfasst. Odszuck sagt: „Es hat schon eine Unschärfe, aber die ist relativ überschaubar.“ Mithilfe von Proben aus Wänden und Böden der Gebäude sollen die Daten überprüft und noch genauer werden.

Auf Kosteneinsparungen hofft Heidelberg nach Angaben von Odszuck mit dem Projekt zunächst nicht. „Man ist froh, wenn man dadurch keine Kostensteigerung bekommt. Was wir hier ma-

chen, das sind alles noch Sonderwege, Prototypen.“ Parallel muss die Stadt auch die Gebäude von der Eigentümerin, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, erwerben. Die Bima – die selbst mehrere Gebäude auf dem Gelände erweitern und neu bauen will – ist nach eigenen Angaben offen dafür, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Ein Problem beim Urban Mining ist für Ökonomin Lichtenthäler die Frage der Flexibilität in Bezug auf Mengen und Materialien. „Man kann sich nicht immer auf das Angebot verlassen. Es gibt nur das, was gerade abgerissen wird“, sagt die Wissenschaftlerin. Außerdem sei die Frage, wie aufwendig die Aufbereitung der Stoffe sei. „Auch für die energieintensiven Prozesse der Aufbereitung werden Ressourcen verbraucht.“ Dazu müsse die Qualität der Materialien gesichert sein.

Lichtenthäler sieht in dem Heidelberger Konzept weiteres Potenzial: Das Kataster könne dabei helfen, künftig beim Bau von Gebäuden schon eine spätere Wiederverwertung der Baustoffe mitzudenken. „Man hat eine Datenbank, die ausgewertet werden kann, zum Beispiel von welchen Gebäuden konnten welche Rohstoffe wie recycelt werden? Man kann aus den Daten lernen.“

Isenhagener Kreisblatt 15. April 2024